

Ergebnisprotokoll

**über die 19. Sitzung
des Beirates von und für Menschen mit Behinderung
des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
(3. Wahlperiode des Beirats)
am Montag, dem 15. Juni 2015**

Anwesende: Frau Stenger, Frau Ledwig, Herr Koch, Frau Mitterer, Frau Lehmann, Herr Feilke, Herr Bäse, Frau Brück, Herr Lockau, Frau Grothe, Herr Schmidt, Herr Schimek, Frau Hergli, Herr Süß, Frau Hansen, Herr Kaas Elias, Frau Behrendt, Herr Friedrich

Gäste: Frau Firlej, Herr Klein, Herr Heisinger, Herr Steinbrecher, Frau Cieschinger, Frau Koserske, ein weiterer Gast (möchte namentlich nicht genannt werden)

Ort: Rathaus Charlottenburg, BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100,
10585 Berlin

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

TOP 1: Begrüßung

Herr Friedrich begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass Herr Naumann aufgrund einer Terminüberschneidung nicht an der Sitzung teilnehmen kann und hierfür um Verständnis bittet.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Teilhabe am Arbeitsleben (Handlungsfeld I des bezirklichen Aktionsplans UN-BRK)

Eingangs berichtet Herr Klein (BA C-W, Personalmanagement) dem Beirat zum Stand der Dinge hinsichtlich Maßnahme Nr. 4 des Aktionsplans UN-BRK. Insbesondere informiert er über die wesentlichen Inhalte der geplanten Maßnahmen aus dem im März des Jahres vom Bezirksamt beschlossenen Konzept zur Neuorganisation des bezirklichen Gesundheitsmanagements. Wesentlicher Schwerpunkt ist dabei die Eindämmung der hohen Fehlzeiten der Beschäftigten im Bezirk. Bei einem Durchschnitt von 38,2 Fehltagen stand die Verwaltung in 2013 an der Spitze aller Bezirksverwaltungen. Entsprechende Maßnahmen sollen ab 2016 durch Angebote der Gesundheitsförderung in Kooperation mit der bezirklichen VHS und eine externe Sozialberatung flankiert werden. Auf Nachfrage von Frau Hansen berichtet Herr Klein, dass konkrete Angebote zur Minderung der psychischen Belastbarkeit noch nicht geplant sind, sichert aber zu, diese Thematik in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Zu Maßnahme 1 des Aktionsplans UN-BRK berichtet Herr Friedrich, dass er einen Runden Tisch „Teilhabe am Arbeitsleben in C-W“ ins Leben gerufen habe. Neben der Vernetzung von Akteuren auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene beschäftige sich dieser zur Zeit schwerpunktmäßig mit Maßnahme 2 des Aktionsplans. So wurde gemeinsam mit anderen Akteuren (Jobcenter, Arbeitsagentur, Deutsche Rentenversicherung, Integrationsfachdienst, IHK, Wirtschaftsförderung, JobPoint etc.) diskutiert, inwieweit es im Bezirk möglich ist, eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, an die sich Arbeitgeber und Menschen mit Behinderungen wenden können, um Informationen und Unterstützung „aus einer Hand“ zu erhalten und die Vermittlung zu vereinfachen.

Dabei habe sich erneut gezeigt, dass die Zuständigkeit für die Förderung und Unterstützung von behinderten Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen, die behinderte Menschen beschäftigen (möchten), von vielen Faktoren abhängig sein kann und in Hinblick auf den jeweils vorliegenden Einzelfall geklärt werden muss. Zur Unterstützung und Beratung behinderter Menschen in Fragen der Rehabilitation wurden im Jahr 2001 per Bundesrecht (Teil 1 Kapitel 3 SGB IX) rehabilitationsträgerübergreifende, so genannte Gemeinsame Servicestellen institutionalisiert. An diese können sich, zumindest hinsichtlich der Zuständigkeitsklärung, grundsätzlich auch Arbeitgeber_innen wenden. Damit entsprechen die Aufgaben dieser Reha-Servicestellen in weiten Teilen der Formulierung von Maßnahme 2 des bezirklichen Aktionsplans UN-BRK. NICHT zuständig sind diese Servicestellen allerdings für die Arbeitsvermittlung.

Angesichts der Existenz der Reha-Servicestellen erschien die Einrichtung einer zusätzlichen Anlaufstelle, die in personeller und finanzieller Hinsicht der Aufgabe gewachsen wäre, nicht sinnvoll (und auch kaum realisierbar). Vielmehr könne der Runde Tisch dazu genutzt werden,

- die Gemeinsamen Servicestellen zwecks verbesserter Kooperation - auch in Hinblick auf den Aspekt Arbeitsvermittlung - enger mit anderen Akteuren zu vernetzen (Vermittlungsteams und Arbeitgeberservice der Agentur und des Jobcenters, IFD, IHK, HWK, JobPoint und andere),
- hierbei nach Möglichkeit insbesondere den Arbeitgeberservice (Agentur und Jobcenter) verstärkt einzubeziehen bzw. in die Pflicht zu nehmen sowie das Potential des neuen Firmenservices der Deutschen Rentenversicherung zu nutzen und schließlich
- die Servicestellen künftig verstärkt in Anspruch zu nehmen bzw. deren Bekanntheitsgrad deutlich zu erhöhen.

Bezüglich des zuletzt genannten Punktes hat die „Kopf, Hand und Fuß gGmbH“ im Rahmen eines durch das Bezirksliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit (BBWA) geförderten Projekts einen Informationsfilm erstellt, der nach Vorliegen des Einverständnisses der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) im Internet veröffentlicht und an möglichst vielen Stellen gezeigt werden soll (eventuell Bürgerämter, BVG und anderen Orts).

Des Weiteren hat „Die Wille gGmbH“ – ebenfalls im Rahmen eines über das BBWA geförderten Projekts - in Kooperation mit dem Behindertenbeauftragten und mit Unterstützung des Integrationsfachdienstes West im vergangenen Halbjahr zwei Stellenbörsen für Menschen mit Behinderung im Rathaus Charlottenburg organisiert. An diesen hatten insgesamt acht Arbeitgeber_innen und ca. 100 Interessierte/Arbeitsuchende teilgenommen. im Bezirksmagazin "Charlottenburg-Wilmersdorf - Ein Bezirk mit Zukunft" (Ausgabe 2015/2016, Seite 18) findet sich hierzu ein kurzer Artikel. Da das Ende der Projektlaufzeit erreicht sei, müsse nun geprüft werden, inwieweit eine Weiterführung der Stellenbörsen zu realisieren sei.

Die beiden Gäste Frau Firlej (Arbeitnehmerin) und Herr Heisinger (Arbeitgeber) berichten von großen Problemen in Zusammenhang mit der aus ihrer Erfahrung äußerst mangelhaften Beratung und Unterstützung durch die Reha-Träger und das Integrationsamt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung. Vor allem bei der Bearbeitung von Anträgen auf Nachteilsausgleiche wie Arbeitsassistenz und Hilfsmittel komme es häufig zu sehr langen Bearbeitungszeiten. Dies führe dazu, dass behinderte Bewerber_innen ihre Tätigkeit nicht zu dem vom potentiellen Arbeitgeber gewünschten Termin aufnehmen können und auf diese Weise im für sie ohnehin schon schwierigen Arbeitsmarkt noch zusätzlich ausgegrenzt würden. Auch schreckten bürokratische Hürden und lange Bearbeitungszeiten potentielle Arbeitgeber/innen in der Regel eher ab.

Frau Mitterer bittet Herrn Friedrich in diesem Zusammenhang zu klären, inwieweit (bei Bürger/innen des Bezirks) eine zügige Ersatzvorleistung in Bezug auf Hilfsmittel und Arbeitsassistenz durch das Sozialamt möglich wäre, wenn die Annahme begründet ist, dass andernfalls kein Arbeitsverhältnis zustande kommen würde.

Frau Hansen bittet nachdrücklich darum, der BVV, insbesondere dem Sozialausschuss, Informationen zur Arbeit des Runden Tisches zukommen zu lassen.

Herr Steinbrecher (Kopf, Hand und Fuß gGmbH) berichtet kurz zum Stand der Dinge hinsichtlich Maßnahme 3 des Aktionsplans UN-BRK. Der inklusive „Coworking

space“ für Menschen mit und ohne Behinderung wird aufgrund des Mangels an geeigneten Immobilien voraussichtlich nicht im Bezirk C-W, sondern in Mitte gegründet werden. Herr Friedrich bedauert dies ausdrücklich und sichert weiterhin Unterstützung im Rahmen seiner Möglichkeiten zu.

TOP 4: Geschäftsordnung des Beirats (Ergänzung)

Der Vorschlag zur Ergänzung von § 5 Abs. 1 der GO um einen Satz 2

„Stellvertretende/r Vorsitzende/r ist die/der Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung“

wird einstimmig angenommen.

TOP 5: Aktuelle Drucksachen der BVV

Frau Hansen und Frau Cieschinger erläutern kurz vier Drucksachen, die vom Ältestenrat der BVV an den Behindertenbeirat überwiesen und den Beiratsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung übermittelt worden sind.

TOP 6: Verschiedenes

Nach kurzer Diskussion der personellen Situation im Therapeutischen Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes beschließt der Beirat einstimmig, sich gegenüber dem Bezirksamt nachdrücklich für die angemessene personelle Besetzung dieses Bereichs auszusprechen und das Bezirksamt zu bitten, von eventuell geplanten Stellenstreichungen/-kürzungen abzusehen.

Herr Friedrich teilt mit, er plane ein Forum „Bezirkliche Behindertenpolitik“ für das 2. Quartal 2016.

Die nächste Sitzung findet statt am 14. September 2015,

Herr Friedrich bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Friedrich
(Stellvertretender Vorsitzender, Protokollant)